



2018

Daten zur Umwelt – Umweltindikatoren Baden-Württemberg

LU:W



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Allgemeine Daten, Verkehr

Bevölkerung, Wirtschaft

	Einheit	1991	2017
Bevölkerung im Jahresdurchschnitt ¹⁾	Mill.	9,9	11,0 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ¹⁾	Mill. EUR	241 787	493 265
Erwerbstätige im Inland ¹⁾	Mill.	5,2	6,3

Straßenverkehr

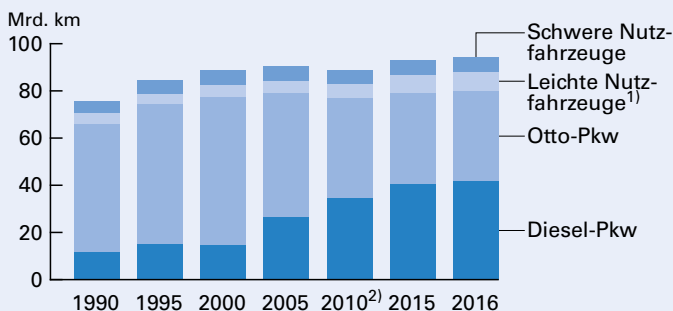
		1991	2017 ³⁾
Pkw-Bestand	1 000	5 035	6 522 ⁴⁾
Ottomotor-Pkw ⁵⁾	1 000	4 308	4 273 ⁴⁾
Dieselmotor-Pkw	1 000	727	2 249 ⁴⁾
Pkw-Neuzulassungen	1 000	526	473
Hybrid, Gas, Elektro und sonstige Antriebe	1 000	–	18
Jahresfahrleistungen insgesamt	Mill. km	76 692	94 328 ⁶⁾
Pkw	Mill. km	67 145	79 992 ⁶⁾
Lkw und Busse	Mill. km	5 714	6 846 ⁶⁾

		2004	2016
Beförderungsleistung im Personennahverkehr⁷⁾	Pkm/E	1 068	1 241

		1990	2013
Güterverkehrsaufwand⁸⁾	Mill. tkm	50 238	78 705
Straßenverkehr	%	70,4	75,1
Schienen- und Schifffahrtsverkehr	%	27,3	22,7 ⁹⁾
Rohölföhrleitung	%	2,3	2,2

1) www.vgrdl.de; Berechnungsstand August 2017/Februar 2018 Einwohner Basis Zensus 2011. – 2) Einwohner zum 30.6. – 3) Ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge. – 4) Wert für 2018. – 5) Einschließlich Gas und sonstige Antriebsarten. – 6) Wert für 2016. – 7) 2004: Berechnung Basis Volkszählung 1987, 2014: Berechnung Basis Zensus 2011. – 8) Güterverkehrsleistung. – 9) Methodische Anpassung in der Berechnung der Binnenschifffahrt.

Jahresfahrleistungen in Baden-Württemberg 1990 bis 2016 nach Fahrzeugkategorien



1) Einschließlich Krafräder und Busse. – 2) Revidierte Werte.

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg und eigene Modellrechnungen.

Ziel: Die Vermeidung von motorisiertem Verkehr ist ein Kernpunkt nachhaltiger Mobilität – neben der Verlagerung auf den ökologisch sinnvollsten Verkehrsträger, der besseren Vernetzung der Verkehrsströme und der umweltverträglicheren Gestaltung des motorisierten Verkehrs.

Trend: Der Straßenverkehr nimmt in Baden-Württemberg weiter zu. 85 % der Jahresfahrleistungen entfallen auf den Pkw-Verkehr, der 2016 um 1,3 % zunahm. Die Jahresfahrleistungen der schweren Nutzfahrzeuge sind gegenüber dem Vorjahr sogar um 2,0 % gestiegen.

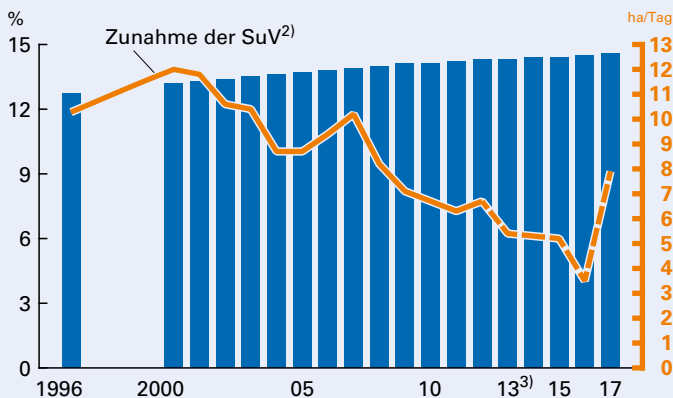
Flächennutzung, Natur und Landschaft

	Einheit	1996	2017
Gesamtfläche (GF)¹⁾	1 000 ha	3 575	3 575
Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)^{1) 2)}	% der GF	12,7	14,6
Verkehr	% der SuV	41,2	38,1
Wohnbaufläche	% der SuV	25,8	29,5
Industrie- und Gewerbefläche	% der SuV	11,5	14,0
Sport-, Freizeit- u. Erholungsfläche, Sonstige	% der SuV	21,5	18,4
Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	ha/Tag	10,3	7,9
Wald¹⁾	1 000 ha	1 341	1 353
Waldzustand: Anteil deutlich geschädigter Bäume	%	35	31
Landwirtschaft¹⁾	1 000 ha	1 696	1 616
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	1 000 ha	1 475	1 419
Fläche mit ökologischer Landwirtschaft ³⁾	% der LF	3,0	11,7
		1992	2017
Schutzgebiete (teilweise überlappend)			
Nationalpark	% der GF	–	0,3
Naturschutzgebiete	% der GF	1,4	2,4
Bannwälder	% der GF	0,2	0,2
FFH-Gebiete ⁴⁾	% der GF	–	11,7
Vogelschutzgebiete	% der GF	–	11,0
Biosphärengebiete	% der GF	–	4,2
Wasserschutzgebiete	% der GF	14,8	26,6

1) Jeweils zum 31.12. des Jahres. – 2) Summe aus Siedlung (ohne Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch) plus Verkehr. – 3) Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. – 4) Schutzgebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU.

Flächenverbrauch

– Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) und Anteil an der Landesfläche¹⁾ –



1) Summe aus Siedlung (ohne Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch) plus Verkehr. Jeweils zum 31.12. des Jahres. – 2) Ab 2013 wegen unvollständiger Erhebungen im Zuge der Umstellung auf ALKIS und später der Umstellung des Koordinatensystems nicht belastbar. 2017 Sondereffekte durch nachgetragene Änderungen und Flurbereinigungen. – 3) Mittelwert aus 2012/2014.

Ziel: Eine bedarfsgerechte und flächeneffiziente Siedlungsentwicklung ist ein bedeutendes Thema in Baden-Württemberg. Ziel ist es daher, vor Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen im Außenbereich vorrangig im Innenbereich zu entwickeln.

Trend: In einer längerfristigen Betrachtung ist die Flächeninanspruchnahme rückläufig. Der Durchschnitt der letzten 5 Jahre beträgt rund 5,5 Hektar pro Tag.

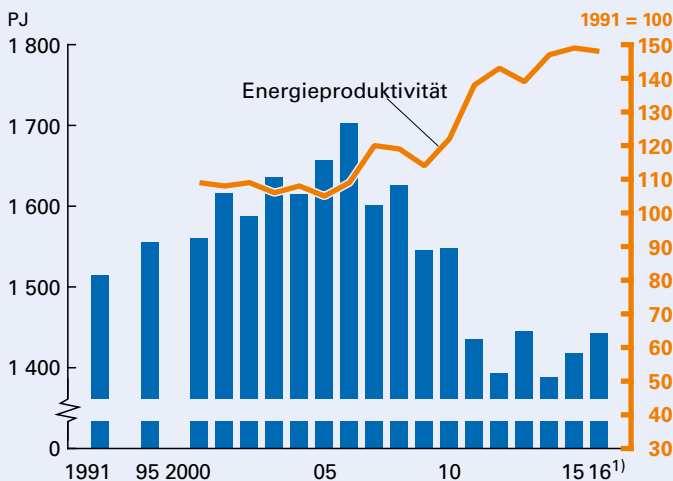
Energieverbrauch und -produktivität

	Einheit	1991	2016 ¹⁾
Primärenergieverbrauch	TJ	1 514 777	1 443 474
Fossile Energieträger	%	72,6	66,8
Kernenergie	%	24,5	16,4
Erneuerbare Energieträger	%	1,9	12,7
Strom und Sonstige	%	1,0	4,1
Energieproduktivität	EUR/GJ	.	329,9
	1991 = 100	100	148,0
Endenergieverbrauch Privater Haushalte	TJ	303 043	288 973
je Einwohner ²⁾	GJ	30,6	26,5
		1995	2016¹⁾
Stromverbrauch insgesamt	Mill. kWh	66 493	74 205
Stromverbrauch der Haushalte ³⁾	Mill. kWh	17 273	16 462
je Einwohner ²⁾	kWh	1 690	1 508
		1995	2017¹⁾
Stromerzeugung	Mill. kWh	64 773	60 444
Fossile Brennstoffe und sonstige Energieträger ⁴⁾	%	33,9	42,4
Kernenergie	%	58,1	30,4
Erneuerbare Energieträger	%	8,0	27,1

1) Vorläufige Werte. – 2) Berechnung Basis Zensus 2011. – 3) Ab 2011 Haushaltskunden gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) – 4) Kohlen, Erdgas, Heizöl, Dieselmotortreibstoff, Petrolkoks, Flüssiggas, Raffineriegas, Pumpspeicherwasser ohne natürlichen Zufluss, Abfall nicht biogen, sonstige Energieträger.

Primärenergieverbrauch und Energieproduktivität

– Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Primärenergieverbrauch –



1) Vorläufige Werte.

Ziel: Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie von 2016 formuliert das Ziel, die Energieproduktivität im Zeitraum von 2008 bis 2050 um jährlich 2,1 % zu steigern.

Trend: In Baden-Württemberg hat sich die Energieproduktivität seit 1991 um 48 % erhöht, dies entspricht einem jährlichen Anstieg von im Mittel etwa 2 %, in den letzten zehn Jahren deutlich über 2,1 %. Der Anstieg der Energieproduktivität zeigt, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Baden-Württemberg höher lag als die Zunahme des Primärenergieverbrauchs.

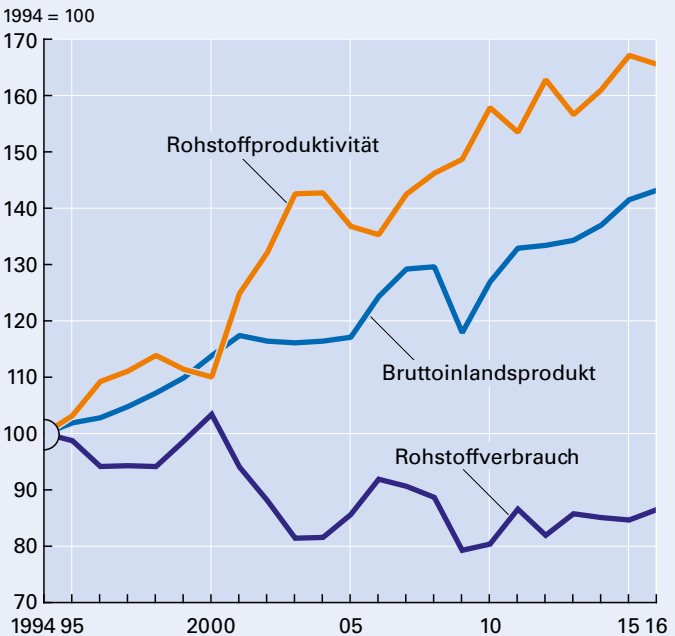
Rohstoffverbrauch und -produktivität

		1994	2016
	Einheit		
Verwertete Rohstoffentnahme im Land insgesamt	1 000 t	140 829	107 876
nicht erneuerbare Rohstoffe	1 000 t	120 373	86 178
Energieträger	1 000 t	384	493
Mineralische Rohstoffe	1 000 t	119 989	85 685
Baumineralien	1 000 t	115 175	81 833
Einfuhr nicht erneuerbarer Stoffe/Güter aus dem Ausland	1 000 t	34 423	47 468
Empfang minus Versand aus/in andere(n) Bundesländer(n) (nicht erneuerbarer Stoffe/Güter)	1 000 t	2 132	2 124
Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe (Rohstoffverbrauch) ¹⁾	1 000 t	156 928	135 770
Rohstoffproduktivität	EUR/t	.	3 508
	1994 = 100	100	166
Ausfuhr nicht erneuerbarer Güter ins Ausland	1 000 t	18 802	29 658

1) Summe aus Entnahme, Einfuhr und Empfang sowie Versand nicht erneuerbarer Stoffe, Güter.

Rohstoffverbrauch und Rohstoffproduktivität

– Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Verbrauch an nicht erneuerbaren Rohstoffen –



Datenquelle: Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“.

Ziel: Baden-Württemberg unterstützt das Ziel des Bundes, die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln.

Trend: Im Jahr 2016 ist bei leicht steigendem Rohstoffverbrauch ein Rückgang der Rohstoffproduktivität um 1,6 Prozentpunkte zu verzeichnen. Gegenüber 1994 konnte die Rohstoffproduktivität um 66 % gesteigert werden.

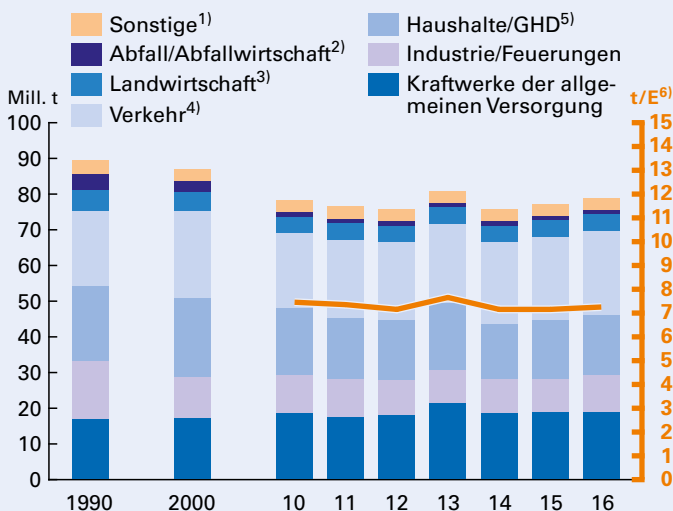
Treibhausgasemissionen

		2000	2016
Emissionen an Treibhausgasen (THG)¹⁾	Einheit		
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente	86 499	78 432
	1990 = 100	97	88
je Einwohner	t	8,3	7,2
Distickstoffoxid (N ₂ O)	% der THG	3,5	3,4
	1990 = 100	97	85
Methan (CH ₄)	% der THG	7,7	5,6
	1990 = 100	77	50
Kohlendioxid (CO ₂)	% der THG	88,8	91,0
	1990 = 100	99	92
CO₂-Emissionen energiebedingt²⁾³⁾	1 000 t	74 181	68 454
je Einwohner ⁴⁾	t	7,2	6,3

1) Berechnungsstand Herbst 2018. – 2) 2016 vorläufige Werte. – 3) Ohne internationalen Luftverkehr.
4) Jahresmittel, Basis Zensus 2011.

Treibhausgasemissionen (CO₂, CH₄, N₂O)

– in CO₂-Äquivalenten –



1) Prozesse, Produktverwendung, diffuse Emissionen aus Energieträgern. – 2) Hausmülldeponien, Kompostierung, mechanisch-biologische Anlagen, Vergärungs- und Biogasanlagen, kommunale und industrielle Kläranlagen, Sickergruben. – 3) Landwirtschaft ohne Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. – 4) Straßenverkehr, sonstiger Verkehr (ohne internationalen Flugverkehr), Off-Road-Verkehr. – 5) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, übrige Verbraucher. – 6) Einwohner im Jahresmittel. Berechnung Basis Zensus 2011.

Berechnungsstand: Herbst 2018.

Ziel: Im Jahr 2020 sollen in Baden-Württemberg gegenüber dem Jahr 1990 25 % weniger Treibhausgase emittiert werden. Bis 2050 wird eine Minderung um 90 % gegenüber 1990 angestrebt.

Trend: Die Treibhausgasemissionen lagen 2016 etwa 2,4 % über dem Vorjahr. Gegenüber dem Referenzjahr 1990 sanken die Emissionen um rund 12 %, wobei die Sektoren Industrie/Feuerungen und Verkehr im selben Zeitraum eine Zunahme um 11 % aufweisen. Die für 2020 gesetzten Klimaschutzziele wird Baden-Württemberg voraussichtlich verfehlen.

Luftqualität, Immissionen

Anzahl der Stationen mit Grenzwertüberschreitungen

Partikel PM₁₀ Jahresmittelwerte¹⁾

	Einheit	2016	2017
Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	0 von 11	0 von 8
Verkehrsmessstationen	Stationen	0 von 8	0 von 8
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

Partikel PM₁₀ Tagesmittelwerte³⁾

Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	1 von 11	1 von 8
Verkehrsmessstationen	Stationen	0 von 8	0 von 8
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

Stickstoffdioxid Jahresmittelwerte¹⁾

Spotmessstellen verkehrsnah ²⁾	Stationen	23 von 25	13 von 31
Verkehrsmessstationen	Stationen	4 von 7	5 von 8
Städtischer Hintergrund	Stationen	0 von 26	0 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	0 von 2	0 von 2

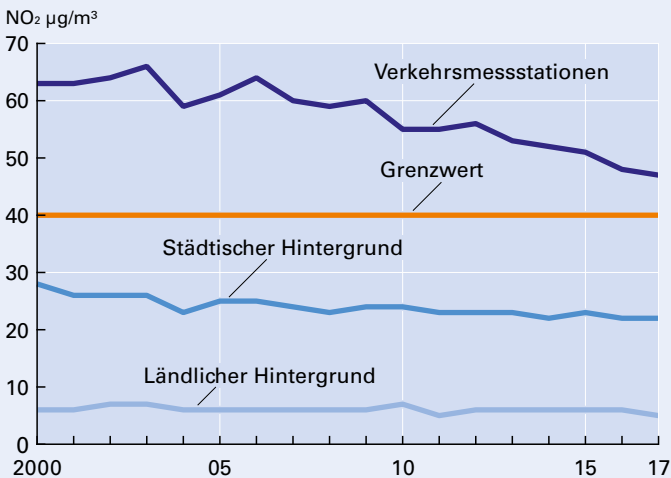
Ozon 8-Stundenmittelwert⁴⁾

Städtischer Hintergrund	Stationen	18 von 26	15 von 26
Ländlicher Hintergrund	Stationen	1 von 2	2 von 2

1) Grenzwert: 40 µg/m³. – 2) Anzahl, Standorte und Messumfang der Spotmessstellen ändern sich jährlich. Die Kenngrößen sind dadurch nicht mit anderen Jahren vergleichbar. – 3) Der Tagesmittelwert von 50 µg/m³ darf pro Jahr maximal 35 Mal überschritten werden. – 4) Der Zielwert von 120 µg/m³ darf pro Jahr maximal 25 Mal überschritten werden (gemittelt über drei Jahre). Ozon wird nicht an verkehrsnahen Stationen gemessen.

Stickstoffdioxid (NO₂)-Immissionen

– Jahresmittelwerte –



Ziel: Zum Schutz der menschlichen Gesundheit darf laut der Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) der Immissionsgrenzwert für NO₂ (gemittelt über ein Kalenderjahr) von 40 µg/m³ nicht überschritten werden.

Trend: Die höchsten Stickstoffdioxidbelastungen treten an den verkehrsnahen Messstellen auf. An fünf der acht Verkehrsmessstationen im Luftmessnetz Baden-Württemberg liegen die Jahresmittelwerte über dem Immissionsgrenzwert von 40 µg/m³. Insgesamt ist in Verkehrsnähe sowie im städtischen Hintergrund ein leicht abnehmender Trend der Immissionsbelastung erkennbar.

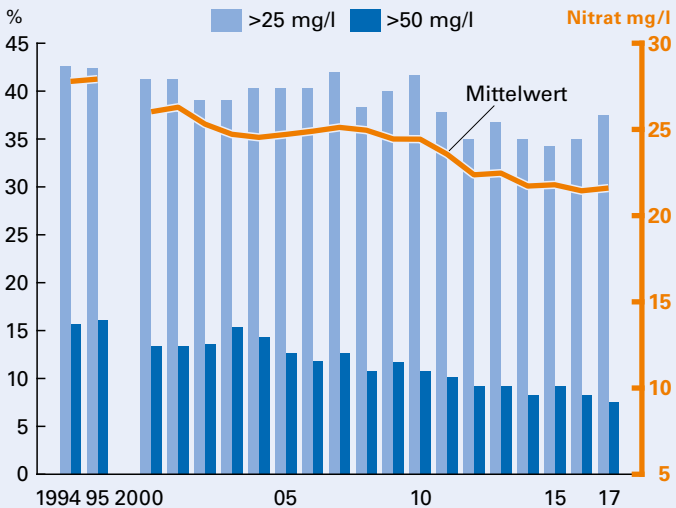
Wasserversorgung

		1991	2016
	Einheit		
Wassergewinnung insgesamt	Mill. m ³	6 867,7	4 027,7
Grund- und Quellwasser	Mill. m ³	758,7	626,6
Oberflächenwasser	Mill. m ³	6 109,0	3 401,1
Wasserbedarf der Wirtschaft insgesamt	Mill. m ³	6 150,1	3 373,7
darunter			
zur Kühlung ¹⁾	Mill. m ³	5 755,5	3 156,9
als Produktionswasser ²⁾	Mill. m ³	375,7	186,6
Öffentliche Trinkwasserversorgung			
Abgabe an Haushalte und Kleingewerbe	Mill. m ³	506,5	473,2
Trinkwasserverbrauch je Einwohner und Tag	l	140	119
		1991	2018
Trinkwassergebühren³⁾			
verbrauchsabhängige Gebühr	EUR/m ³	1,07	2,15
monatliche Grundgebühr	EUR	1,65	3,74
		1994	2017
Nitrat im Grundwasser			
Messstellen >25 mg/l	%	42,6	37,5
Messstellen >50 mg/l	%	15,7	7,5
Mittelwert	mg/l	27,8	21,6

1) 1991 ausschließlich Einfachnutzung. – 2) Ohne Belegschaftswasser. 1991 einschließlich zur Kühlung in Mehrfach- und Kreislaufnutzung. – 3) Nach Einwohnern gewichtet; einschließlich Mehrwertsteuer.

Nitrat im Grundwasser

– Anteil der Messstellen*) mit Gehalten größer 25 mg/l bzw. 50 mg/l und Mittelwert –



*) Betrachtet werden 120 flächenrepräsentativ ausgewählte Messstellen (EUA-Messnetz).

Ziel: Das Ziel in Baden-Württemberg ist die Erhaltung eines guten Zustands des Grundwassers gemäß Wasserrahmenrichtlinie bzw. der Grundwasserverordnung. Dazu darf die Nitratkonzentration 50 mg/l nicht überschreiten.

Trend: Der Mittelwert der Nitratbelastung des Grundwassers sowie der Anteil der Messstellen, an denen Nitratgehalte über 50 mg/l bzw. 25 mg/l gemessen wurde, zeigen einen rückläufigen Trend. Im Jahr 2017 wurde der Schwellenwert der Grundwasserverordnung von 50 mg/l an neun Messstellen überschritten.

Abwasser und Klärschlamm

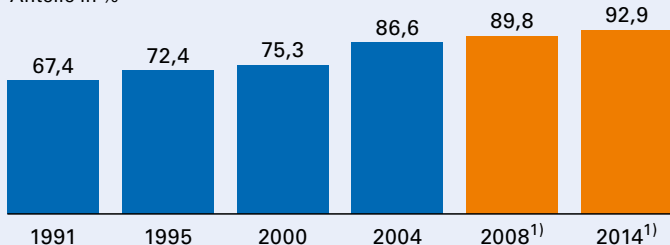
		1991	2016
In zentralen Kläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser¹⁾	Einheit		
	Mill. m ³	1 393,8	1 624,1
mit Nitrifikation	%	44,9	99,7
mit Denitrifikation	%	24,0	98,3
mit Phosphatelimination	%	41,2	95,6
Länge der öffentlichen Kanalisation	km	50 560	78 744
Volumen der Regenbecken	1 000 m ³	2 444	6 299
Abwassereinleitungen der Wirtschaft insgesamt²⁾	Mill. m ³	6 070,0	3 291,4
Indirekteinleitungen	Mill. m ³	102,9	66,8
Direkteinleitungen	Mill. m ³	5 967,1	3 224,5
Kühlwasser ³⁾	Mill. m ³	5 748,5	3 081,1
Abwassergebühren⁴⁾		1991	2018
Einheitsgebühr ⁵⁾	EUR/m ³	1,12	2,89
gesplittete Abwassergebühr			
Schmutzwasser	EUR/m ³	.	1,94
Niederschlagswasser	EUR/m ³	.	0,47
Biologische Gewässergüte (Makrozoobenthos – Saprobie)		1991	2014
Anteil der untersuchten und bewerteten Stellen in Fließgewässern mit der Zustandsklasse gut oder besser	%	67,4	92,9
Kommunaler Klärschlamm		1991	2017
Klärschlammaufkommen insgesamt (Trockensubstanz)	1 000 t	385,6	224,2
verbrannt (Mono- und Mitverbrennung) ⁶⁾	%	8,9	97,5
landwirtschaftlich verwertet	%	17,8	0,6
landschaftsbaulich verwertet ⁷⁾	%	13,7	2,0
deponiert	%	59,6	–

1) Einschließlich in Industriekläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser. – 2) 2016 überhöht um 2,2 Mill. m³ in Industriekläranlagen behandeltes öffentliches Abwasser. – 3) Ohne in betriebseigene Abwasserbehandlungsanlagen eingeleitetes Kühlwasser. – 4) Nach Einwohnern gewichtet. – 5) 1991: 1 111 Gemeinden, 2018: 30 Gemeinden. – 6) Einschließlich Vergasung sowie an Kläranlagen in anderen Bundesländern abgegebener Klärschlamm. – 7) Rekultivierung, Kompostierung, sonstige stoffliche Verwertung.

Biologische Gewässergüte (Makrozoobenthos – Saprobie)

– Anteil der untersuchten Stellen in Fließgewässern, die die Zustandsklasse gut oder besser erreicht haben –

Anteile in %



1) Wesentliche Änderung in der Methodik, jetzt Biologisches Monitoring nach Wasser-rahmenrichtlinie-Modul Saprobie.

Ziel: Ziel ist das Erreichen einer mindestens guten Zustandsklasse gemäß EU-Wasser-rahmenrichtlinie (2000/60/EG).

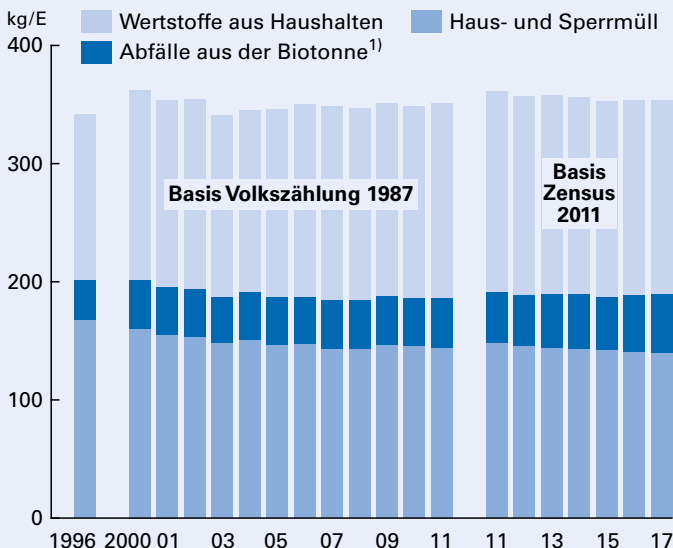
Trend: Über 90 % der Untersuchungsstellen haben aufgrund der verbesserten Abwasserreinigung und Regenwasserbehandlung mindestens den guten saprobiellen Zustand erreicht.

Abfall – Aufkommen und Verwertung

		1996	2017 ¹⁾
Gesamtabfallaufkommen	Einheit		
	1 000 t	45 931,9	49 697,2
Verwertung	%	74,8	88,2
Abgabe von Abfällen an die Natur	1 000 t	28 600,4	37 495,5
Deponierung	1 000 t	11 264,8	5 629,8
Siedlungsabfälle	1 000 t	5 679,2	5 993,2
Haus- und Sperrmüll	1 000 t	1 726,8	1 522,5
je Einwohner ²⁾	kg	166,9	138,5
Deponierung	%	74,6	–
Behandlung, Verwertung	%	25,4	100
Wertstoffe aus Haushalten	1 000 t	1 462,7	1 809,9
je Einwohner ²⁾	kg	141,4	164,7
Abfälle aus der Biotonne	1 000 t	348,7	544,9
je Einwohner ²⁾	kg	33,7	49,6
Abfälle aus Produktion und Gewerbe	1 000 t	2 031,2	2 673,6
Bau- und Abbruchabfälle (Baumassenabfälle)	1 000 t	37 225,4	38 962,3
Verwertung	%	76,6	86,6
Gefährliche Abfälle (Sonderabfälle)	1 000 t	640,4	1 829,9
verunreinigte Böden und Bauschutt	1 000 t	174,6	963,5
gefährliche Abfälle aus Produktion und Entsorgung	1 000 t	465,8	866,3

1) Vorläufige Werte. Gefährliche Abfälle mit Vorjahresdaten. – 2) 1996: Berechnung Basis Volkszählung 1987, 2017: Berechnung Basis Zensus 2011.

Pro-Kopf-Aufkommen an häuslichen Abfällen



1) Keine ganzjährige flächendeckende Erfassung.

Ziel: Ziel ist die weitere Verringerung des durchschnittlichen einwohnerbezogenen Hausmüllaufkommens. Gleichzeitig sollen die Erfassungsmengen von Bioabfall und von Wertstoffen erhöht werden.

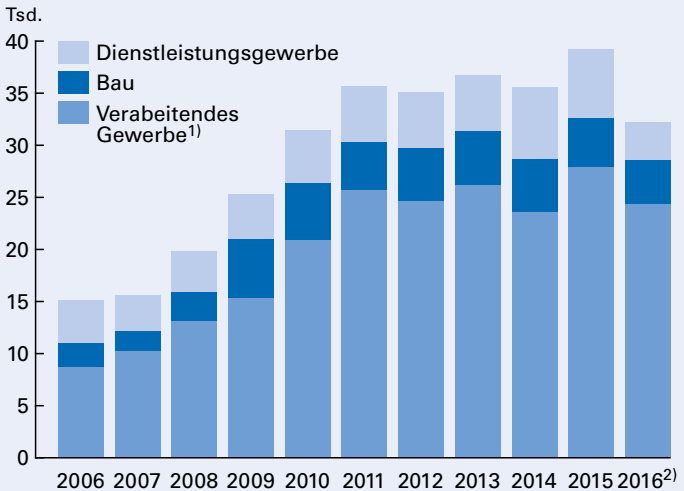
Trend: Das gesamte Abfallaufkommen ist seit Jahren nahezu konstant. Durch die flächendeckende Einführung der Biotonne soll eine erhebliche Steigerung des Bioabfallaufkommens auf 60 kg/(E·a) im Jahr 2020 erreicht werden. Im Jahr 2017 hat sich das Aufkommen an häuslichen Bioabfällen im Vergleich zum Vorjahr von 49 kg/(E·a) auf 50 kg/(E·a) erhöht.

Umweltökonomie

		1996	2016
	Einheit		
Ausgaben für den Umweltschutz insgesamt	Mill. EUR	4 454,4	6 066,8
Anteil am Bruttoinlandsprodukt	%	1,7	1,3
Ausgaben der öffentlichen Hand			
Abfallentsorgung	Mill. EUR	1 401,2	1 701,2
Sachinvestitionen	%	19,3	5,2
Laufende Ausgaben	%	80,7	94,8
Abwasserbeseitigung	Mill. EUR	1 572,8	1 822,2
Sachinvestitionen	%	56,0	39,1
Laufende Ausgaben	%	44,0	60,9
Ausgaben für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe¹⁾	Mill. EUR	1 480,4	2 543,4
Investitionen ²⁾	%	14,5	21,9
Laufende Ausgaben ³⁾	%	85,5	78,1
		1997	2016
Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz²⁾	Mill. EUR	1 196,9	11 265,3
Umweltmanagement			
EMAS-registrierte Betriebe und Organisationen	Anzahl	353 ⁴⁾	382 ⁵⁾

1) Zur besseren Vergleichbarkeit, Angaben zum Produzierenden Gewerbe auch ab 2008 ohne Wirtschaftsabschnitte Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Beseitigung von Umweltverschmutzungen (WZ 2008). – 2) Seit 2006 einschließlich Umweltbereich Klimaschutz. – 3) Ausgaben für den Betrieb eigener Anlagen und sonstige Aufwendungen. – 4) Wert für 2007 – 5) Stand 24.10.2018.

Beschäftigte mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz nach Wirtschaftszweigen



1) Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) 2016 ohne kleinere Betriebe (ca. 300 Einheiten) aufgrund geänderter Gesetzeslage.

Ziel: Es wird ein überproportionales Wachstum bei den Beschäftigten für den Umweltschutz angestrebt.

Trend: Aufgrund einer geänderten Gesetzesgrundlage werden im Jahr 2016 deutlich weniger Betriebe erfasst als im Vorjahr (– 23%). Dadurch ist die Erhebung nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar. Etwa drei Viertel der Beschäftigten sind dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen.



So erreichen Sie uns:

Landesanstalt für Umwelt
Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63
76231 Karlsruhe
Telefon 0721/5600-0 Zentrale
Telefax 0721/5600-14 56
poststelle@lubw.bwl.de

www.lubw.baden-wuerttemberg.de

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Fotonachweis: © LUBW

Stand der Daten: Oktober 2018

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2018
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT